

MIETER HELFEN MIETERN

Frankfurt e.V.



An die
Lokalredaktion

Große Friedberger Straße 16-20
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 28 35 48
Fax: (069) 29 63 30
post@mhm-ffm.de
www.mhm-ffm.de

23.02.2007

Leserbrief

FR-Artikel vom 14.02.2007 „Jobcenter verordnet Umzug“ von Annegret Schirmacher

Einer allein erziehenden, teilweise berufstätigen Mutter mit 3 Kindern wird von der Stadt Frankfurt das ALG II um 200,- € gekürzt.

Lange Zeit sah es so aus, als würde die Stadt Frankfurt nur in besonderen Ausnahmefällen von Umzugsaufforderungen nach dem ALG Gebrauch machen. Nun aber verlangt das Sozialdezernat von einer auf dem Markt eh schon diskriminierten Mutter, eine Wohnung für 575,- € kalt zu finden. Von Toleranzgrenze keine Spur. Während das Wohnungsamt gegen Mietpreisüberhöhung erst bei 30% einschreitet, wird hier das ALG II bis zum Mietspiegelwert gekürzt. Dabei ist auch dem Sozialdezernat bekannt, dass der Mietspiegel nur die Durchschnittsmieten darstellt und nicht die Neuvermietungen für allein erziehende Mütter mit 3 Kindern!

Die Bemerkung, das Gericht würde noch strengere Maßstäbe anlegen, ist für solche Fälle, dazu am Frankfurter Wohnungsmarkt, genau im Gegenteil zutreffend. Die andere Rechtfertigung des Amtes, man habe Sozialwohnungen angeboten, ist angesichts deren Lagen außerhalb Frankfurts bzw. an der Miquelallee oder in Brennpunktsiedlungen nur ein weiterer Schlag ins Gesicht. Schließlich braucht die Frau alle Kraft, um ihre Verantwortung in der Erziehung ihrer 3 Kinder sowie ihren Teilzeitjob als Fluggastkontrolleurin zu meistern. Ein Scheitern hätte ungleich höhere soziale Kosten zur Folge.

Da passt es ins Bild, dass die Stadt solche Fälle einfach verdrängt. Die angeblich „nur“ 20 Fälle pro Jahr seien zu wenig für eine Datenerfassung.

Jürgen Lutz (MIETER HELFEN MIETERN)